

Bis auf weiteres ohne Juden

FAZ 22.5.15

Der Frankfurter Rat der Religionen steckt in einer Krise – und gilt doch als beispielhaft / Von Stefan Toepfer

FRANKFURT/NÜRNBERG, 21. Mai. Ganz gleich, ob es eine hessische Kleinstadt ist oder die Bundeshauptstadt: Ilona Klemens fährt überall hin, wenn sie gefragt wird. In dieser Woche war die Geschäftsführerin des Frankfurter Rates der Religionen auf Einladung des evangelischen Stadtdiekanen Jürgen Körnlein in Nürnberg und hat den Rat vor gut 20 Vertretern mehrerer Religionen vorgestellt.

Körnlein kann zwar schon auf einige interreligiöse Aktionen verweisen. „Aber die Kontakte untereinander sind informell, und es ist mühsam, sie immer wieder neu herzustellen.“ Deswegen sei ein Rat wie jener in Frankfurt sinnvoll, „ein Gremium, mit dem wir als Religionsvertreter gemeinsam und offiziell in die Öffentlichkeits hinein sprechen können“.

Das ist auch das Anliegen des Frankfurter Rates, der zudem unabhängig von der Kommunalpolitik agiert, anders etwa als sein Pendant in Bonn, wo der Oberbürgermeister dem Rat der Religionen vorsitzt. Das Frankfurter Gremium wurde 2009 gegründet. Kaum jemand kennt es so gut wie Klemens. Die evangelische Pfarrerin für interreligiösen Dialog gehört zu den Initiatoren des Rates und ist bis heute dessen Geschäftsführerin. Zu ihm zählen derzeit 18 Vertreter von Christentum, Islam, Buddhismus, Hinduismus, der Bahai- und der Sikh-Gemeinde. Erster Vorsitzender ist Klushwant Singh, ein Sikh.

Wenn Klemens den Rat vorstellt, kommt sie derzeit nicht umhin, auch über dessen tiefe Krise zu sprechen, denn das

Gremium ist seit dem Entschluss der Jüdischen Gemeinde im August 2014, ihre Mitgliedschaft ruhenzulassen, nicht mehr komplett. Auch jüngste Versuche, zu einer Einigung zu finden, scheiterten. Unter der Federführung des Vorstandsmitglieds Leo Latausch hatte die Gemeinde Anstoß an Äußerungen von zwei muslimischen Ratsmitgliedern im Zusammenhang mit dem Gaza-Krieg genommen und den Rat aufgefordert, sich von diesen Männern zu distanzieren. Den Antisemitismus-Vorwürfen Selçuk Dogruer vom türkischen Diözesanverband ließ die Gemeinde nach einem klärenden Gespräch fallen.

Dogruer ist nach der Neukonstituierung des Gremiums seit Anfang Mai nicht mehr im Rat. Anders als Unal Kaymakci, der nun auch im Vorstand sitzt, was für die jüdische Gemeinde eine Zusammenarbeit erst recht aussichtslos erscheinen lässt.

Kaymakci hatte auf seiner Facebook-Seite auf Äußerungen verwiesen, die Israel als Staatsterrorismus und Kindermord vorhielten. Außerdem ist er der Vizevorsitzende der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen, die in einer ihrer Stellungnahmen zum Gaza-Krieg im Sommer 2014 nach Ansicht der Jüdischen Gemeinde Antisemitismus entschuldigt hat.

Kaymakci ist schon lange im interreligiösen Dialog tätig, und er stand schon einmal im Zentrum einer Krise, in die der Nahost-Konflikt den Rat geführt hatte: 2010 gab es eine heftige Auseinandersetzung über einen Imam, der sich in einer Predigt israelfeindlich geäußert und in Berlin an einer Demonstration teilgenommen

hatte, auf der das Existenzrecht Israels bestritten wurde. Der Mann war Imam in jener Moscheegemeinde, in der Kaymakci führend tätig ist. Der Rat hatte schließlich die Abberufung des Imams gefordert. Die Gemeinde trennte sich von ihm.

Über den aktuellen Konflikt schrieb Latausch im August 2014 in der „Jüdischen Allgemeinen“: „Wenn der jüdische Staat in Frankfurt als kindermordendes Monster beschimpft wird, sind auch wir Frankfurter Juden gemeint. Dagegen müssen wir uns wehren.“ Und als wichtigen Grund für das Fernbleiben der Gemeinde vom Rat der Religionen führte Latausch jüngst an, dass dieser zwischen Politik und Religion nicht trennen könne.

Dieser Vorwurf sei „infam“, heißt es im Rat, und Kaymakci entgegnet, er habe im Kontext mit einem völkerrechtswidrigen Krieg den Staat Israel kritisiert, nicht das Judentum. Diese Differenzierung zwischen Politik und Religion wünsche er sich auch von der Jüdischen Gemeinde.

Kaymakci arbeitet von Anfang an im Rat mit. Eigentlich wollte er ihm in der neuen Amtsperiode gar nicht mehr angehören. Doch die Kritik der jüdischen Gemeinde hat dazu geführt, dass die Muslime ihn wiedergewählt haben – laut Kaymakci durch Vertreter aus 36 Moscheegemeinden. Das sind fast alle in Frankfurt.

Der Ratsvorsitzende Singh sagt, es sei im Rat festgehalten worden, dass alle Mitglieder explizit darauf achten würden, „dass sie religiöse Gefühle anderer nicht verletzen, gerade wenn sie sich außerhalb des Rats äußern“. Doch Latausch ist skeptisch, ob das gelingt. Und die Idee des Rates, zwei Gemeindeglieder als Beobachter in die Sitzungen zu entsenden, lehnt Latausch ab. Der Vorschlag wäre tatsächlich einen Versuch wert, doch selbst diese Minimal Kooperation ist aus Sicht der jüdischen Gemeinde unmöglich.

Das der Nahost-Konflikt auch die Arbeit des Nürnberger Rates erschweren kann, weiß Stadtdiekan Körnlein. „Es muss uns gelingen, in guter Achtsamkeit auf das, was unterschiedlich betrifft, miteinander und übereinander zu sprechen.“ Das gelte für Juden und Muslime, aber auch für Christen, die im Nahost-Konflikt durchaus unterschiedliche Positionen haben könnten.

Geht es Nürnberg um den Aufbau des Rates, für den nun eine Arbeitsgruppe weitere Schritte vorbereiten soll, ist in Frankfurt ein Wiederaufbau nötig. Auch die Stadtpolitik wünscht sich, dass das Gremium wieder vollständig wird. „Der Frankfurter Rat hat einen Ruf“, sagt Klemens zu Recht. Zu diesem Ruf gehört, dass sich der Rat von Anfang an als ein Forum verstanden hat, in dem auch harte Auseinandersetzungen möglich sein können.

Vermutlich hätte der Konflikt entschärft werden können, wenn der Rat im Sommer 2014 eine gemeinsame Stellungnahme zum Gaza-Krieg herausgegeben hätte. Doch das gelang nicht, wie er selbst kritisch anmerkt. Anders als dem Runden Tisch der Religionen in Osnabrück, der anlässlich des Kriegs an der „Pflicht zum Dialog“ festhielt. Auch Frankfurt kann noch dazulernen.